

Fall 6: Der rote Golf

Originalfall aus einer Anfängerklausur, Bearbeitungszeit 40 Minuten

Sachverhalt

Kaiser (K) aus Köln will sich einen gebrauchten roten VW-Golf GLS kaufen. Da K weiß, dass man von VW-Werksangehörigen in Wolfsburg zu guten Preisen sogenannte „Jahreswagen“ erwerben kann, bittet er seinen Bekannten Bertram (B), der in der Nähe von Wolfsburg wohnt, sich umzusehen und *„bei einer guten Gelegenheit nicht zu zögern, sondern die Sache sofort für ihn perfekt zu machen. Allerdings dürfe ein Preis von plus/minus 15.000,- € eigentlich nicht überschritten werden“*.

Auf eine Anzeige im Internet hin setzt sich B mit der VW-Angestellten Vogel (V) in Verbindung, die ein Fahrzeug des gesuchten Typs für 16.400,- € anbietet. Bei den Verhandlungen erklärt B, er kaufe für seinen *„armen Freund K, der höchstens so um 15.000,- € zahlen wolle.“* Schließlich einigen sich V und B auf einen objektiv sehr günstigen Preis von 15.300,- €.

1. K weigert sich dennoch, zu zahlen, weil er meint, er habe B *„gar nicht richtig beauftragt, jedenfalls habe dieser einen zu hohen Preis vereinbart“*. Muss K an V 15.300,- € zahlen?
2. Nehmen Sie an, V und B hätten bei einem im Übrigen völlig gleichen Sachverhalt einen Kaufpreis von 16.200,- € vereinbart. Nachdem K den Kaufvertrag *„wegen des zu hohen Preises nicht akzeptiert“*, verlangt V Zug um Zug gegen die Lieferung des Fahrzeugs die Zahlung von B. Zu Recht?

1. Frage

Vorüberlegung zur ersten Frage

- *Kein Problem bildet die Frage, ob eine **Einigung** über den Abschluss eines Kaufvertrags erzielt worden ist, da sich die Einigung aus dem Sachverhalt ergibt („... einigen sich V und B ...“). Diese Frage muss also nicht untersucht werden. Man könnte sie auch gar nicht untersuchen, weil keine Angaben dazu enthalten sind, wer das zum Vertrag führende (letzte) Angebot abgegeben und wer die Annahme erklärt hat. Ausführungen zur Einigung sind deshalb weder erforderlich noch überhaupt sinnvoll möglich.*
- *Der „springende Punkt“ betrifft die Frage, ob B den K **wirksam vertreten** hat, ob also die zum Kaufvertrag führende Willenserklärung des B – gleichgültig, ob Angebot oder Annahme – für und gegen K wirkt. Das ist nach **§ 164 Abs. 1 BGB** zu beurteilen. Dieses Problem ist in den Mittelpunkt der Ausführungen zu stellen.*

Klausurtyp

Unproblematisches ist kurz abzuhandeln, problematische Fragen sind ausführlich zu behandeln!

- Wenn – wie hier – nach einem **Anspruch** gefragt ist, muss der erste Satz der Lösung nach dem Satz „Wer will was von wem woraus?“ einschließlich einer Anspruchsgrundlage gebildet werden.
- Aufgepasst: § 164 BGB ist **keine Anspruchsgrundlage**. Aus dieser Vorschrift kann sich deshalb auch keine Zahlungspflicht des K ergeben. Die Prüfung ist deshalb **nicht mit § 164 Abs. 1 BGB** zu beginnen.
- Wie so oft bildet **§ 433 Abs. 2 BGB** die mögliche Anspruchsgrundlage, da dort die zu untersuchende Rechtsfolge (Pflicht zur Zahlung des Kaufpreises) enthalten ist.
- Der Lösung liegt die **NDS-Methode** zugrunde, doch wird hier auf die jeweilige Angabe verzichtet. Sie können aber gerne versuchen, die Buchstaben zuzuordnen!

Nachfolgend eine Lösung, die in einer Klausur mit „sehr gut“ bewertet worden wäre!

Lösung der ersten Frage

K muss den Kaufpreis in Höhe von 15.300,– € nach § 433 Abs. 2 BGB an V zahlen, wenn zwischen K und V ein entsprechender Kaufvertrag zustande gekommen ist.

Klausurtyp

Der Eingangssatz orientiert sich strikt an der Fallfrage, ob K bezahlen muss. Er ist deswegen bei diesem Fall besser als z. B. „V könnte einen Anspruch auf Zahlung von 15.300,– € gegen K aus § 433 Abs. 2 BGB haben“ oder so „V könnte ein Anspruch auf Zahlung von 15.300,– € gegen K aus § 433 Abs. 2 BGB zustehen“.

Eine *Einigung* über den Abschluss des Kaufvertrags über den roten Golf zu diesem Preis ist (nach dem Sachverhalt) erzielt worden, aber zwischen V und B, nicht zwischen V und K. B könnte K wirksam vertreten haben, sodass die zur Einigung führende Willenserklärung des B (Angebot oder Annahme) gemäß § 164 Abs. 1 S. 1 BGB unmittelbar für und gegen K wirkt.

Nach § 164 Abs. 1 BGB müsste B

- a) eine (eigene) Willenserklärung abgegeben haben,
- b) dabei im Namen des K gehandelt und
- c) innerhalb der ihm zustehenden Vertretungsmacht gehandelt haben.

Zu a): Eine (**eigene**) Willenserklärung liegt vor, wenn der Erklärende die Erklärung **selbst erzeugt** und nicht lediglich, wie ein Bote, eine fremde Erklärung überbringt.

Hier hat B zunächst mit V verhandelt und sodann eine eigene Willenserklärung (Kauf für 15.300,– €) abgegeben, die zur Einigung hinsichtlich des Kaufvertrags führte.

Zu b): B muss **im Namen des Vertretenen**, also des K gehandelt haben. Nach dem **Offenkundigkeitsprinzip** muss deutlich werden, dass der Handelnde den Vertrag nicht für sich selbst, sondern *für einen anderen* abschließen will.

Hier hat B nicht ausdrücklich im Namen des K gehandelt, aber erklärt, dass er für seinen „*armen Freund*“ kaufe. Dies reicht aus, weil V erkennen konnte, dass nicht der handelnde B, sondern dessen Freund ihr Vertragspartner werden sollte. Dafür muss sie die Person oder deren Namen nicht unbedingt kennen.

Zu c): B hat innerhalb der Vertretungsmacht gehandelt, wenn

- K ihm eine Vollmacht für den Kauf erteilt hatte **und wenn**
- der abgeschlossene Kaufvertrag vom Umfang der Vollmacht gedeckt war.

Eine ausdrückliche Erteilung einer Vollmacht gemäß § 167 Abs. 1 BGB liegt nicht vor. Die Erklärung des K, B möge „*sich umsehen und bei einer guten Gelegenheit nicht zögern, sondern die Sache sofort für ihn perfekt machen*“, ist aber im Wege der Auslegung gemäß §§ 133, 157 BGB aus der Sicht des B als Erklärungsempfänger nach Treu und Glauben und unter Berücksichtigung der Verkehrssitte als Erteilung einer **Innenvollmacht** zu werten. Denn B konnte und musste die Aussage des K so verstehen, dass er „*bei einer guten Gelegenheit*“ ein Fahrzeug für K kaufen sollte. Dass K seine Aussage möglicherweise anders gemeint hat, steht dem nicht entgegen, weil es auf das Verständnis des B als Erklärungsempfänger ankommt. Also handelte B mit Vertretungsmacht.

B müsste den **Umfang der Vertretungsmacht** eingehalten haben. K hat den Umfang der Vollmacht nicht exakt vorgegeben, sondern erklärt, ein Preis von „*plus/minus 15.000,- €*“ dürfe eigentlich nicht überschritten werden. Der von B vereinbarte Preis von 15.300,- € übersteigt zwar den von K genannten Betrag, doch ist die Abweichung mit 2 % relativ gering: Sie bewegt sich noch in dem von K nur in etwa vorgegebenen Rahmen, zumal der Preis objektiv sehr günstig ist. Anders wäre es gewesen, wenn K, was ohne Weiteres möglich gewesen wäre, definitiv 15.000,- € als **Höchstbetrag** vorgegeben hätte. Da er diese Möglichkeit nicht genutzt, sondern B einen gewissen Spielraum eingeräumt hat, liegt der von B vereinbarte Betrag (noch) im Rahmen der Vertretungsmacht.

Damit liegen alle Voraussetzungen des § 164 Abs. 1 BGB vor, sodass die zum Vertrag führende Willenserklärung des B unmittelbar für und gegen K wirkt. K ist damit wirksam von B vertreten worden, also besteht der Kaufvertrag zwischen K und V. K ist verpflichtet, den Kaufpreis in Höhe von 15.300,- € gemäß § 433 Abs. 2 BGB an V zahlen.

2. Frage

Vorüberlegung zur zweiten Frage

Oft wird bei vergleichbaren Fragestellungen ein Anspruch nach § 433 Abs. 2 BGB geprüft. Überlegen Sie bitte, warum § 433 Abs. 2 BGB für einen möglichen Anspruch der V gegen B nicht die richtige Anspruchsgrundlage sein kann.

§ 433 Abs. 2 BGB kommt nur in Betracht, wenn zwischen V und B ein **Kaufvertrag** vorliegen könnte. Das ist aber nicht der Fall, weil B seine Willenserklärung nicht im eigenen Namen, sondern im fremden Namen („für seinen armen Freund“) abgegeben hat. B hat nicht erklärt, dass er persönlich **Partei** des Kaufvertrags sein will. Vielmehr hat er erklärt, dass er einen Kaufvertrag „für seinen armen Freund“ schließen möchte. Nur darauf kommt es an. Dagegen ist ohne Bedeutung, ob B berechtigt war, K zu vertreten. Auch wenn das nicht der Fall sein sollte, hätte B „für seinen armen Freund“ gehandelt. Deshalb kann kein Kaufvertrag V–B vorliegen. Damit scheidet § 433 Abs. 2 BGB als Anspruchsgrundlage aus.

In Betracht kommt aber, dass B bei Abgabe seiner Willenserklärung den Rahmen seiner Vertretungsmacht überschritten und damit als **Vertreter ohne Vertretungsmacht** gehandelt hat. Die mögliche Anspruchsgrundlage ist deshalb **§ 179 Abs. 1 BGB**.

Merke

Im Gegensatz zu § 164 Abs. 1 BGB, der (nur) die Voraussetzungen und die Rechtsfolge der Vertretung regelt, handelt es sich bei **§ 179 Abs. 1 BGB** um eine **Anspruchsgrundlage**.

Lösung der zweiten Frage

V könnte einen Anspruch auf Zahlung von 16.200,– € gegen B aus § 179 Abs. 1 BGB haben. Dann müsste

- a) B als Vertreter einen Vertrag geschlossen haben (= P1 und P2 aus § 164 Abs. 1 S. 1 BGB),
- b) ohne (den Nachweis) seiner Vertretungsmacht (= P3 aus § 164 Abs. 1 S. 1 BGB fehlt).
- c) Außerdem müsste der (angeblich) Vertretene K die Genehmigung des Vertrags verweigert haben.

Zu a): B hat als Vertreter einen Vertrag geschlossen, wenn er eine

- eigene Willenserklärung
- im Namen des Vertretenen

abgegeben hat. Diese beiden (ersten) Voraussetzungen des § 164 Abs. 1 S. 1 BGB sind hier erfüllt, wie die Prüfung zur ersten Frage ergeben hat.

Zu b): B müsste ohne (den Nachweis) seiner Vertretungsmacht gehandelt haben. B war von K gemäß § 167 Abs. 1 BGB bevollmächtigt worden, einen roten Golf zu kaufen. Damit hatte er eine Vertretungsmacht (Vollmacht), doch war die Vollmacht auf einen „Preis von *plus/minus* 15.000, – €“ beschränkt. Im Wege der Auslegung nach §§ 133, 157 BGB ist zu klären, ob der hier getätigte Kauf für 16.200,– € vom Umfang der Vollmacht gedeckt ist. Maßgeblich ist dabei der Empfängerhorizont des Bevollmächtigten, also des B.

Lösungsvorschlag

Dafür könnte sprechen, dass K keine genaue Vorgabe gemacht hat und die Abweichung gegenüber der Vorgabe weniger als 10 % ausmacht.

Dagegen spricht aber, dass die Abweichung absolut gesehen über 1.000,– € beträgt und damit erheblich ist.

Nach Treu und Glauben und unter Berücksichtigung der Verkehrssitte konnte B nicht davon ausgehen, dass eine Mehrbelastung des K von über 1.000,– € von der Vollmacht gedeckt sein sollte. (Eine andere Lösung ist mit guter Begründung vertretbar!).

Zu c): Da K den Kaufvertrag „wegen des hohen Preises nicht akzeptiert“, hat er dessen **Genehmigung verweigert (§§ 177 Abs. 1, 182 Abs. 1 BGB)**.

Zwischenergebnis: Damit liegen alle Voraussetzungen des § 179 Abs. 1 BGB vor, sodass V nach ihrer Wahl die **Erfüllung des Vertrags** oder **Schadensersatz** von B als Vertreter ohne Vertretungsmacht verlangen kann. Da sie sich hier für die Erfüllung entschieden hat, steht ihr auf der Grundlage des § 179 Abs. 1 BGB der Anspruch gegen B in Höhe des mit B vereinbarten Kaufpreises von 16.200,– € Zug um Zug gegen die Lieferung des Fahrzeugs zu¹.

Diesem Anspruch könnte aber **§ 179 Abs. 3 BGB** entgegenstehen. Danach haftet der Vertreter ohne Vertretungsmacht weder auf Erfüllung noch auf Schadensersatz, wenn der andere Teil – hier V – den Mangel der Vertretungsmacht kannte oder kennen musste. Kennen bedeutet Wissen, Kennenmüssen bedeutet Nichtwissen aufgrund von Fahrlässigkeit. Nach § 276 Abs. 2 BGB handelt fahrlässig, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt. Hier hat B bei den Verhandlungen darauf hingewiesen, er kaufe für einen „armen“ Freund, der „nur so um 15.000,– €“ zahlen wolle. Daraus hätte V ableiten müssen, dass ein Vertrag über 16.200,– € von der Vollmacht nicht gedeckt war. Da V sich dennoch auf den Vertragsabschluss eingelassen hat, muss sie das Risiko tragen, dass der „Vertretene“ die Genehmigung des Vertrags verweigert. In diesem Fall kann dann auch nicht der Vertreter B zur Haftung herangezogen werden.

Damit steht V gegen B kein Anspruch nach § 179 Abs. 1 BGB zu.

Hinweis

- Ein Anspruch gegen K aus § 433 Abs. 2 BGB besteht ebenfalls nicht, weil B wegen Überschreitung der Vollmacht K nicht wirksam vertreten und K die Genehmigung des Kaufvertrags verweigert hat.
- Die Lösung ist der Verkäuferin V gegenüber recht hart. Andererseits hätte sie stutzig werden können, als die Preisvorgabe so deutlich überschritten wurde. Das

¹ Bei der Wahl von Schadensersatz könnte V den entgangenen Gewinn (§ 252 BGB) aus dem gescheiterten Vertrag von B verlangen.

BGB kennt im Übrigen grundsätzlich keinen guten Glauben an das Bestehen einer Vollmacht². Wer ein Geschäft mit einem „Vertreter“ abschließt, trägt das Risiko, dass dieser (gar) keine Vertretungsmacht hat oder seine (bestehende) Vertretungsmacht überschreitet, womit in beiden Fällen kein Anspruch gegen den (angeblich) Vertretenen begründet wird. Es bleibt dann nur § 179 Abs. 1 BGB gegen den „Vertreter ohne Vertretungsmacht“, freilich unter dem Vorbehalt der Absätze 3 und auch des Absatzes 2, der vorliegend nicht einschlägig war.

² Ausnahme §§ 170 ff. BGB und die Anscheins- und Duldungsvollmacht.